

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung **des Gemeinderats der Stadt Lörrach** **am Dienstag, 26. Juli 2016**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

- Anwesend: Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender
Bürgermeister Dr. Michael Wilke
- Stadträtinnen und Stadträte: Bachmann-Ade, Berg (ab 17.45 Uhr), Bernnat, Claassen, Cyperrek, Denzer, Glattacker, Herzog, Höfler, Jaenisch (17.15 bis 18.25 Uhr), Kiefer, Koesler, Krämer, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf, Salach, Schlecht, Simon, Vogel, Dr. Vogelpohl, Wernthaler, Wiesiollek
- Entschuldigt: Böhringer, Di Prima, Escher, Heuer, Salinas de Huber
- Ferner: Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler
Fachbereichsleiterin Buchauer
Fachbereichsleiterin Gerhäuser (bis 18.30 Uhr)
Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić
Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer
Fachbereichsleiterin Staub-Abt (ab 18.25 Uhr)
Fachbereichsleiter Dullisch
Fachbereichsleiter Kleinmagd
Fachbereichsleiter Sproß (ab 18.50 Uhr)
Fachbereichsleiter Welz
Frau Williams, Leiterin des Büros des Vorstands
Betriebsleiter Droll (bis 18.40 Uhr)
Betriebsleiter Schäfer (ab 19.40 Uhr)
Geschäftsführerin Ziegler-Jung (ab 18.45 Uhr)
Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (bis 19.10 Uhr)
Frau Renkert, FB Jugend/Schulen/Sport (ab 19.10Uhr)
Herr Bienhüls, FB Umwelt und Klimaschutz (18.50-20.00 Uhr)
Herr Ebner, Innocel GmbH
Herr Elias, EB Stadtwerke (bis 18.40 Uhr)
Herr Färber, FB Stadtentwicklung und Stadtplanung
Herr Kramm, FB Jugend/Schulen/Sport (bis 18.25 Uhr)
- Urkundspersonen: Stadträtin Höfler und Stadtrat Denzer
- Schriftführung: Frau Heinze und Herr Ockenfuß
- Beginn: 17.00 Uhr
Ende: 20.45 Uhr

TOP 1

„Lörrach gestalten. Gemeinsam“

- Beschluss über das neue Leitbild der Stadt Lörrach

Vorlage: 108/2016

Der Vorsitzende geht auf den transparenten Leitbildprozess, die Beteiligung unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen sowie die kritische Auseinandersetzung mit den Ergebnissen und der Beschlussvorlage im Hauptausschuss ein. Er erläutert den überarbeiteten Vorschlag für die Formulierung des Leitbild-Beschlusses und stellt dar, dass eine pauschale Zustimmung aller Ziele nicht einvernehmlich möglich sei, gleichwohl die bloße Kenntnisnahme der Sache nicht gerecht werde. Zur Nagelprobe werde es bei den Entscheidungen über die konkreten Anliegen kommen. Der Vorsitzende hält das vorliegende Leitbild für handlich, es werde bereits im internen Arbeiten verwendet und weiter integriert.

Stadtrat Lusche erklärt, dass er der neuen Beschlussformulierung zustimmen könne und die kritische Auseinandersetzung wichtig gewesen sei. Das Zusammenspiel von Leitbildprozess und politischem Wirken müsse sauber geklärt sein. Er betont, dass er das Verfahren ernst nehme und die Verortung in die Verwaltungs- und Gremienarbeit entscheidend sei. Aufgrund der Haushaltskonsolidierung wäre eine Abfrage im Beteiligungsprozess wünschenswert gewesen, was die Bürger für wichtig oder auch verzichtbar halten.

Stadtrat Bernnat stellt dar, dass er der ursprünglichen Beschlussformulierung hätte zustimmen können, aber auch der neuen Version folge. Er begrüßt die Ausführlichkeit des Leitbildes. Des Weiteren verweist er auf die Leserbriefe in der Presse zum Leitbildprozess, die zeigen, dass auch die Bürger differenziert zum Leitbild stehen.

Stadträtin Kurfeß spricht den intensiven Leitbildprozess an. Um diesem Rechnung zu tragen und wertzuschätzen, solle an der ursprünglichen Beschlussfassung festgehalten werden. Sie stellt hierzu einen entsprechenden Fraktionsantrag.

Stadtrat Claassen sieht im vorliegenden Leitbild einen Katalog konkreter Maßnahmen und Wünsche. Da das gewählte Ratsgremium die Entscheidungsverantwortung trage, könne er der ersten Beschlussformulierung nicht folgen. Die Fraktion der Freien Wähler werde dem neuen Beschlussvorschlag mehrheitlich zustimmen.

Der Vorsitzende verdeutlicht, dass das Leitbild auf Lörrach zugeschnitten sei und Diskussionen anstoßen könne. Exemplarisch nennt er das Ziel 23 und das vom Gemeinderat abgelehnte Sozialticket. Entscheidend sei aber nun die Implementierung in das weitere Handeln.

Der Vorsitzende erteilt Herrn Dietmar Ferger aus der Zuhörerschaft das Wort. Dieser teilt mit, dass er sich als Bürger intensiv in den Leitbildprozess eingebracht habe und einen Bürgerentscheid über das Leitbild für geeignet halte.

Sodann stellt der Vorsitzende gemäß dem Fraktionsantrag der Grünen zunächst die ursprüngliche Beschlussformulierung zu Abstimmung, die mehrheitlich bei 7 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und 19 Gegen-Stimmen abgelehnt wird. Der Gemeinderat fasst hierauf einstimmig bei 23 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat anerkennt die intensive Arbeit der Bürgerschaft zur Erstellung des Leitbildes. Die darin enthaltenen Ziele bilden das heterogene Meinungsbild der Stadtgesellschaft für die zukünftige Stadtentwicklung ab. Der Gemeinderat anerkennt das Leitbild als richtungsweisenden Impuls für die politische Diskussion in den Gremien.
2. Die Verwaltung wird beauftragt einen Vorschlag zum konkreten Umgang mit den Zielen des Leitbildes in den Gremien und der Verwaltung zu erarbeiten und dem GR bis Oktober vorzulegen.
3. Der Gemeinderat unterstützt die transparente Information über das Leitbild, sowie die Kommunikation mit der Bürgerschaft darüber. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt die Online-Plattform www.gestalten.loerrach.de weiter zu führen. Die benötigten Mittel i.H.v. 6300€ werden für den Haushalt 2017 angemeldet.

TOP 2

Flüchtlingsunterbringung in Lörrach – Stand Juli 2016

Vorlage: 114/2016

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass man dem Gemeinderat einen aktuellen Sachstandsbericht zur Flüchtlingsunterbringung geben wolle. In dieser Thematik navigiere man jedoch stets auf Sicht, da es seit ca. zwei Jahren keine Konstante gebe. Er geht auf die aktuellen Zahlen und den geänderten, gesetzlichen Raumbedarf ein. Die Unterbringung stelle für die Stadt eine extreme Herausforderung und hohe Kosten dar.

Fachbereichsleiter Welz veranschaulicht die aktuelle Entwicklung in Sachen Gemeinschaftsunterkunft und Anschlussunterbringung und berichtet über die Unterkunftsstandorte und -optionen (Anlage 1). Hinsichtlich der Umwandlung des kompletten Standortes Gretherstraße in eine Anschlussunterbringung wolle man nochmals das Gespräch mit dem Landratsamt suchen. Grundsätzlich solle jedoch so weit wie möglich auf Containerlösungen bei der Anschlussunterbringung verzichtet werden.

Der Vorsitzende bittet das Gremium um Unterstützung bei der Umwandlung der Gretherstraße in eine Anschlussunterbringung.

Stadtrat Lusche bedankt sich für den Bericht und die Arbeit, die dahinter stecke und hohe personelle Kapazitäten binde. Er stimmt zu, dass es unter dem Integrationsgedanken nicht gut sei, wenn die Gemeinschaftsunterbringung in Wohnungen und hiernach die Anschlussunterbringung in Containern erfolge. Man wolle der Verwaltung den Rücken stärken.

Auch Stadtrat Schlecht würdigt die Arbeit der Verwaltung und der ehrenamtlichen Kräfte. Die Herausforderung sei noch nicht beendet und lediglich die Ruhe vor dem nächsten Flüchtlingssturm. Da bereits allgemeiner Wohnungsmangel herrsche, sollten als mittelfristige Lösungen Container bzw. Modulbauweisen in Erwägung gezogen werden. Zudem fordert er, die Pläne für die GU Haagen nicht in der Schublade verschwinden zu lassen. Ggf. könne die Städtische Wohnbau hier eine Anschlussunterbringung errichten.

Stadträtin Kurfeß schließt sich dem Dank an. Sie erklärt, dass die großen Herausforderungen der Anschlussunterbringung noch kommen werden. Sie pflichtet bei, dass man nochmals mit dem Landkreis über den Standort Gretherstraße verhandeln müsse.

Stadtrat Claassen dankt ebenfalls und findet die Position des Landkreises nicht in Ordnung. Er mahnt zudem, die Wohnbau nicht zu überfordern und auch andere Wohnprojekte privater Investoren zu überlegen.

Auf Nachfrage von Stadträtin Jaenisch nach dem Stand der geplanten Unterkunft in Haagen informiert Bürgermeister Dr. Wilke, dass das Grundstück nicht der Stadt gehöre und die Interessen des privaten Eigentümers berücksichtigt werden müssten. Auch wenn aktuell kein Bedarf besteht, könne sich der Landkreis nicht gegen den Bau aussprechen. Man befinde sich in Gesprächen.

Der Vorsitzende freut sich über den Dank und macht deutlich, dass die Integration gelingen müsse. Man müsse aus der Vergangenheit lernen und auf verschiedene Standorte in der Stadt setzen.

Der Gemeinderat nimmt sodann Kenntnis von der aktuellen Sachlage.

TOP 3

Hellbergschule Brombach: Erweiterung des bestehenden Pavillons durch Aufstockung mit zwei zusätzlichen Klassenzimmercontainern

Vorlage: 117/2016

sowie

TOP 4

Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule: Aufstellung von 4 Klassenzimmercontainern als Erweiterung für den Schulbetrieb

Vorlage: 116/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlagen ein. Er erklärt, dass die Container von großer Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung des Schulbetriebs seien. Der Bedarf an zusätzlichen Schulräumen habe sich kurzfristig ergeben, weshalb eine überplanmäßige Ausgabe sowohl für die Errichtung als auch für die Anmietung notwendig sei.

Bürgermeister Dr. Wilke betont ebenfalls die Notwendigkeit der Container für die beiden Schulstandorte.

Stadtrat Schlecht erklärt, dass die Schulen auf die Container angewiesen seien. Im Schulbereich zeichne sich ein einschlägiger Investitionsstau ab. Die Fraktion der SPD wolle der Beschlussvorlage zustimmen. Er wolle jedoch wissen, ob es nicht günstiger sei die Container zu erwerben, anstatt diese zu mieten.

Stadtrat Kiefer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU zu der Vorlage. Die Albert-Schweitzer-Grundschule liege ihm sehr am Herzen.

Stadträtin Salach gibt an, dass sie über die Anmietung der Container „not amused“ sei. Die Unterrichtsbedingungen in den Containern würden sich teilweise schwierig gestalten. So könne in den Containern sehr schnell ein hoher Geräuschpegel erreicht werden und zudem werde es in den Containern sehr schnell sehr warm. Die Container könnten zudem keine Lösung im Rahmen des Schulentwicklungsplanungsprozesses darstellen. Hier müsse die Stadt weiter voranschreiten. Die Provisorien müssten bald ersetzt werden. Der Investitionsstau, gerade in Bezug auf die Gemeinschaftsschulen, müsse bald abgebaut werden. Die Gemeinschaftsschule müsse räumlich ausgebaut werden.

Stadträtin Herzog hält die Containerlösung nicht für optimal, aber für notwendig. Die Fraktion der Freien Wähler wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Koesler fragt, warum sich für die gleiche Anzahl von Containern an den beiden Standorten unterschiedliche Kosten ergeben. Er wolle zudem wissen, warum man die Container teilweise schon seit dem Jahr 2005 mietet.

Fachbereichsleiterin Buchauer erklärt, dass bei der Hellbergschule die Infrastruktur für die Container bereits vorhanden sei. Hier könne auf bereits bestehende Strukturen aufgebaut werden, sodass die Kosten im Gegensatz zum Standort Albert-Schweitzer-Schule, wo neue Wasser- und Stromanschlüsse verlegt werden müssten, geringer ausfallen. Ziel sei, die Provisorien möglichst kurzfristig zu erhalten und bald langfristige Lösungen zu finden. Die Entwicklungen im Bereich Schulen seien momentan nicht in Gänze vorhersehbar.

Der Vorsitzende gibt an, dass man nochmals in eine tiefere Prüfung hinsichtlich der räumlichen Situation der Schulen einsteigen wolle, sobald die Ergebnisse des Schulentwicklungsplanungsprozesses vorliegen.

zu TOP 3:

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig mit 1 Enthaltung den folgenden Beschluss:

1. Überplanmäßige Ausgabe für die Errichtung von Klassenraumcontainern an der Hellbergschule Brombach in Höhe von 35.000.- € (einschl. 19 % MwSt.) werden genehmigt.

2. Die überplanmäßige Ausgabe im HH-Jahr 2016 zur Anmietung von Klassenraumcontainern an der Hellbergschule Brombach in Höhe von 12.000 Euro wird genehmigt.

zu TOP 4:

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig mit 1 Enthaltung den folgenden Beschluss:

1. Die Planung und die Installations- und Demontagekosten für die Errichtung von Klassenraum-Containern an der Albert – Schweitzer – Gemeinschaftsschule Lörrach in Höhe von 91.660,- € (einschl. 19 % MwSt.) werden genehmigt.
2. Die Mietkosten belaufen sich auf jährlich 47.600 Euro. Für das Jahr 2016 werden für die Monate August –Dezember anteilig 19.834 Euro außerplanmäßig beim Fachbereich Jugend/Schulen/Sport bereitgestellt.

TOP 5

Antrag der CDU vom 11.05.2016: Antrag zu Schulentwicklung – Kostenermittlung und Raumbedarf

Vorlage: 097/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Stadträtin Höfler gibt an, dass die Fraktion der CDU ihren Antrag zurückziehen wolle. Sie halte jedoch an ihrer Aussage fest, dass der Gemeinderat verlässliche Grundlagen für die Entscheidungsfindung benötige. Sie bittet auch um die Stellungnahmen des staatlichen Schulamtes und des Regierungspräsidiums.

TOP 6

Erhöhung der Elternbeiträge im Gemeindekindergarten Brombach

Vorlage: 100/2016

Der Vorsitzende führt in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein. Er gibt an, dass der Kostendeckungsgrad von rund 17 Prozent auf rund 20 Prozent erhöht werde. Hierbei sei wichtig zu erwähnen, dass 80 Prozent der notwendigen Mittel aus allgemeinen Steuergeldern erbracht werden.

Bürgermeister Dr. Wilke verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales. Eine Erhöhung der Gebühren um 15,00 Euro würde keine unbillige Härte darstellen.

Stadträtin Jaenisch signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU.

Stadträtin Cyperrek führt aus, dass Kindergärten langfristig kostenfrei werden müssten. Dies sei allerdings nur möglich, wenn es hierfür eine Kostenerstattung des Landes gebe.

Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage zustimmen, da sich die Gebühren in Lörrach immer noch im Mittelfeld befänden, der Kindergarten eine sehr gute Arbeit leiste und die Eltern auf verschiedene soziale Leistungen aufmerksam gemacht werden.

Nach einer weiteren, kurzen Aussprache, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die Anlage 3 des Gemeindekindergartens Brombach zu § 8 Abs. 2 der Kindertagesstättenordnung der Stadt Lörrach wird wie folgt geändert:

„Elternbeiträge:

Der Gemeinderat der Stadt Lörrach hat in der Sitzung vom 26. Juli 2016 mit Wirkung vom 01. Oktober 2016 an, folgende Elternbeiträge für den Besuch des Gemeindekindergartens festgesetzt.

Der monatliche Elternbeitrag für den Gemeindekindergarten Brombach beträgt

für das erste Kind	107,-- €
für das zweite Kind einer Familie bei gleichzeitigem Besuch des Gemeindekindergartens Brombach	64,-- €

Für jedes weitere Kind einer Familie ist bei gleichzeitigem Besuch des Gemeindekindergartens Brombach kein Elternbeitrag zu zahlen.

Die jährlichen Elternbeiträge werden in 12 Monatsraten erhoben. Eine Änderung des Elternbeitrages bleibt vorbehalten.“

2. Die Änderung tritt zum 01.10.2016 in Kraft.

TOP 7

Zuschussanträge des Vereins pro digno

Vorlage: 094/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Bürgermeister Dr. Wilke geht auf den Antrag des Vereins Pro Digno ein. Der Verein stelle in der Stadt die zweitgrößte Einrichtung für Obdachlose. Man habe mit dem Verein über die finanzielle Tragfähigkeit des vorgelegten Konzeptes gesprochen. Die Stadt wolle den Verein künftig mit einem gedeckelten Defizitzuschuss unterstützen.

Stadträtin Höfler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen.

Stadträtin Bachmann-Ade signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD. Der Verein Pro Digno nehme der Stadt ein großes Stück wichtiger Arbeit ab. Sie weist auf die schwierige Wohnraumsituation in Lörrach hin.

Stadtrat Wernthaler gibt an, dass die Obdachlosigkeit in Lörrach weiter zunehme. Deswegen brauche es in Lörrach verlässliche Vereine und Institutionen. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Pichlhöfer bekundet die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Verein pro digno bekommt vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen für die Jahre 2017 bis einschließlich 2019 einen Defizitzuschuss gedeckelt auf 10.000 €.
2. Der Verein pro digno bekommt für das Jahr 2016 einen Zuschuss in Höhe von 3.000 €. Dieser ist im Haushaltsplan bereits vorgesehen.

TOP 8

Parkleitsystem Lörrach

Vorlage: 096/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadträtin Höfler freut sich über die Fertigstellung. Gut sei, dass das neue System durch den Eigenbetrieb finanziert werde.

Stadträtin Cyperrek erklärt, dass das System sehr wichtig für Lörrach sei. Sie wolle wissen, ob der Handel und die Parkhausbetreiber sich finanziell beteiligen werden. Die Einrichtung einer speziellen Online-Plattform halte sie für richtig. Diese könne später zu einer umfassenden Mobilitäts-Plattform ausgebaut werden.

Stadtrat Berg signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen zu der Vorlage. Die Autofahrer würden nun in die Parkhäuser finden. Das neue System brauche jedoch eine gewisse Vorlaufzeit.

Stadtrat Claassen freut sich über das neue Parkleitsystem und über die neuen technischen Errungenschaften. Auch das Burghof-Parkhaus müsse in das System miteinbezogen werden. Ebenso das Hieber-Parkhaus. Dies sei wichtig für die Stadt.

Stadtrat Koesler vertritt die Meinung, dass das Parkleitsystem die Stadt nicht viel weiter bringen werde. Die hierfür getätigten Ausgaben hätte man sich sparen können. Besucher der Stadt würden sich nicht an dem System orientieren, sondern die für sie attraktiven

Parkmöglichkeiten anfahren. Einige Frauen würden manche Parkmöglichkeiten bewusst meiden.

Stadtrat Dr. Vogelpohl wolle wissen, ob die Betreiber von Navigationssoftware auf die Daten der Online-Plattform zugreifen könnten.

Stadtrat Pichlhöfer bittet darum, den notwendigen Kontakt zum Lörracher Einzelhandel beziehungsweise zu Pro Lörrach baldmöglichst herzustellen.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Stadt sich auf den Einzelhandel zubewege, auch wegen der Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt. Er halte das Parkleitsystem nach einer gewissen Anlaufzeit für erfolgfähig. Hinsichtlich der Online-Vernetzung werde es bald ein Angebot von Seiten des Eurodistrikts geben.

Eigenbetriebsleiter Droll führt aus, dass die Navigationsfunktion in Form einer Mobilitäts-App miteinbezogen werden solle. Mit den Parkhausbetreibern, dem Einzelhandel und mit Pro Lörrach werde man das Gespräch suchen.

Der Gemeinderat fasst sodann, bei 1 Nein-Stimme, mehrheitlich den folgenden Beschluss:

1. Der Aufbau eines neuen Parkleitsystems auf dem Lörracher Stadtgebiet entsprechend der Vorlage wird genehmigt.
2. Der Vorbereitung und Durchführung der öffentlichen Ausschreibung wird zugestimmt.

TOP 9

Fortschreibung des Vergnügungsstättenkonzeptes für das gemeinsame Oberzentrum Lörrach - Weil am Rhein

Vorlage: 103/2016

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und verweist auf die bereits erfolgten Beratungen im Gemeinsamen Oberzentrausschuss und im Hauptausschuss.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die begründenden Ausführungen zur erforderlichen Fortschreibung des gemeinsamen Vergnügungsstättenkonzeptes werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Überarbeitung des Konzeptes übernimmt das Büro Dr. Acocella, Stadt- und Regionalentwicklung, Lörrach.

TOP 10

Bebauungsplan First/Schlatt

- Offenlagebeschluss

Vorlage: 060/2016

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Herr Färber erläutert das Vorhaben, bei dem es sich um die Legalisierung der vorhandenen Situation von Kleingärten und eine Optimierung des Wegenetzes handle.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen erfolgt entsprechend den Berichten zur frühzeitigen Beteiligung aus Anlage 6 und 7 der Beschlussvorlage.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Offenlage nach § 3 (2) BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB durchzuführen.

TOP 11

Bebauungsplanverfahren „Schöpflin-Areal“

- Bericht über die Durchführung des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens

- Beschluss über die Offenlage nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: 076/2016

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić verweist auf das vorangegangene Wettbewerbsverfahren als Anlass für die Aufstellung des Bebauungsplans. Sie geht auf den Rahmenplan für das Schöpflin-Areal, die eingeholten Gutachten und die eingegangenen Stellungnahmen der frühzeitigen Beteiligung ein. Sie berichtet vom geplanten Baubeginn 2017.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Vom Bericht über die frühzeitigen Beteiligungsverfahren wird Kenntnis genommen.
2. Dem Offenlageentwurf einschließlich Begründung wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

TOP 12

Bebauungsplan „Belist“

- öffentlich-rechtliche Vereinbarung über Ausgleichsmaßnahmen

Vorlage: 081/2016

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Herr Färber erläutert den Bedarf für die Vereinbarung über Ausgleichsmaßnahmen.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wird zugestimmt.

TOP 13

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften „Belist“

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 082/2016

Der Vorsitzende stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor. Das Bebauungsplanverfahren sei intensiv gewesen und insbesondere die Bebauungsdichte und Verkehrsführung viel diskutiert worden. Er erklärt, dass viele Konflikte ausgeräumt wurden, aber nicht alle Punkte berücksichtigt werden könnten.

Herr Färber geht auf die Anordnung der Baukörper, das Erfordernis redaktioneller Ergänzungen und den zeitlichen Ablauf des Verfahrens ein.

Stadträtin Krämer erklärt die Zustimmung der CDU-Fraktion. Das Vorhaben sei ausführlich öffentlich dargestellt worden. Man könne nicht allen Anregungen und Wünschen nachkommen. Sie spricht sich für ein umgehendes Angehen der Bebauung aus.

Im Namen der SPD-Fraktion stimmt Stadtrat Simon der Vorlage zu. Er hält die vorgelegte Planung für einen guten Kompromiss.

Stadträtin Salach macht deutlich, dass sich die Fraktion der Grünen eine größere Verdichtung und eine höhere Bauweise gewünscht hätte. Die Fläche sei wertvoll und man habe die Möglichkeit vertan, mehr Wohnraum zu schaffen. Sie kündigt an, dass nicht aller Mitglieder Ihrer Fraktion Zustimmung erteilen werden.

Für Stadtrat Claassen passe die Planung hingegen gut in die Umgebung. Zudem seien einige Bürgeranliegen aufgegriffen worden.

Stadträtin Cyperrek teilt mit, dass sie die Haltung der Grünen-Fraktion nachvollziehen könne, diese dem Vorhaben aber stets zugestimmt hätte. Eine jetzige Stimmenthaltung sei für sie unverständlich.

Stadträtin Kurfeß entgegnet, dass man stets eine kritische Haltung zu dem Vorhaben gehabt und den Architektenwettbewerb hingegen gelobt habe. Ihre Fraktion habe an der reduzierten Dichte Anstoß genommen. Hier seien zu Beginn Fehler gemacht worden.

Auf Nachfrage von Stadtrat Kiefer berichtet Herr Färber, dass die Festsetzungen keine Regelungen zum Anschlusszwang o.Ä. enthalten, sondern diese Aspekte dann in den Verträgen enthalten seien.

Sodann erteilt der Vorsitzende Frau Iris Zäh aus der Zuhörerschaft das Wort, die in zwei Punkten ein Verbesserungspotential sehe. Sie geht auf die Anordnung eines Baukörpers sowie die Kommunikation und den Austausch mit der Stadtverwaltung ein.

Der Vorsitzende erklärt abschließend, dass man die Bürgerinnen und Bürger ernst nehme und der Gemeinderat sich intensiv mit dem Vorhaben auseinandergesetzt habe. Die Argumente seien nun ausgetauscht und ein guter Kompromiss zwischen den jetzigen und den künftigen, potentiellen Anliegern gefunden worden.

Hierauf fasst der Gemeinderat einstimmig mit 22 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen folgenden Beschluss:

1. Die im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen werden nach Abwägung der öffentlichen Belange untereinander gemäß der Anlagen 6 und 7 der Beschlussvorlage beschieden.
2. Der Gemeinderat beschließt gemäß § 10 BauGB i. V. m. § 74 LBO den Bebauungsplan "Belist" als Satzung.

TOP 14

Zielwerte Energie für städtische Gebäude

Vorlage: 078/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass die Verwaltung mit der Vorlage einem Auftrag des Gemeinderats folge. Die Verwaltung habe die Zielerreichung auf dem Weg zur klimaneutralen Kommune stetig zu überprüfen. Eine Stadt der Größe Lörrachs brauche ein funktionierendes Energiemanagement und feste Zielwerte. So könne man weiterhin ressourcenschonend handeln. Die Zielwerte wurden mit der Projektkommission Energie mehrmals vorbesprochen. Die Zielwerte besäßen lediglich intern, für die städtischen Gebäude, Geltungswirkung.

Stadtrat Kiefer gibt an, dass es auch der Fraktion der CDU wichtig sei, Energie zu sparen. Allerdings müsse die Stadt hier andere Wege gehen.

Stadtrat Simon signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD.

Stadtrat Berg gibt an, dass man sich die Zielwerte setzen müsse, wenn man bis zum Jahr 2050 eine klimaneutrale Kommune sein wolle. Die Fraktion der Grünen stimme der Vorlage so zu.

Stadtrat Lindemer führt aus, dass einerseits der aktuelle Ressourcenverbrauch bedenklich sei, es andererseits in dem Bereich aber schon zu viel Regulierung gebe. Man stoße beim Energiesparen auch an physikalische Grenzen. Dabei würden lediglich die Kosten steigen. Die Fraktion der Freien Wähler wolle der Vorlage nicht zustimmen.

Der Gemeinderat fasst sodann mehrheitlich bei 14 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung den folgenden Beschluss:

1. Für städtische Gebäude werden für Wärme, Strom, Wasser und CO₂-Emissionen jeweils ein langfristiger und ein alle 5 Jahre zu aktualisierender mittelfristiger Energieverbrauchs-Zielwert festgelegt.
2. Für städtische Gebäude werden folgende Energieverbrauchs-Zielwerte festgelegt:

Wärme: langfristig 35,0 kWh/m²a, mittelfristig (2015-2020) 75,0 kWh/m²a

Strom: langfristig 10,0 kWh/m²a, mittelfristig (2015-2020) 15,5 kWh/m²a

Wasser: langfristig 90 l/m²a, mittelfristig (2015-2020) 180 l/m²a

CO₂-Emissionen: langfristig 4,0 kg/m²a, mittelfristig (2015-2020) 12,0 kg/m²a

3. Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales beschließt 2020 und im Folgenden alle 5 Jahre neue mittelfristige Energieverbrauchs-Zielwerte.

TOP 15

Energiestandards Lörrach für städtische Gebäude und bei Grundstücksverkäufen Vorlage: 079/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt erläutert den Inhalt der Beschlussvorlage.

Stadtrat Kiefer beantragt eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages. Die Stadt solle die Gesetze des Bundes, welche völlig ausreichend seien, umsetzen und nicht noch weitere Regelungen schaffen.

Stadtrat Simon signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD zu der Vorlage.

Stadtrat Berg erklärt, dass die gesetzlichen Regelungen die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten noch nicht komplett ausreizen würden. Die Vorlage stelle einen sehr guten Kompromiss dar. Es sei zudem erwiesen, dass nicht die Einführung von energeti-

schen Standards die Baukosten in die Höhe treibe. Man müsse endlich von den fossilen Brennstoffen wegkommen. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Denzer führt aus, dass die Fraktion der Freien Wähler der Vorlage nicht zustimmen wolle. Das Bauen in Lörrach müsse bezahlbar bleiben. Er plädiere dafür die Energiestandards wieder zu senken, damit die Bürgerinnen und Bürger wieder freiwillig Energie sparen.

Stadtrat Lusche gibt an, dass die gesetzlichen Regelungen in den vergangenen Jahren immer weiter ausgebaut worden seien. Es bestehe eine Überregulierung. Auch mit Bauherren gebe es Probleme. Vor allem bei Bauherren mit einem „geringeren Budget“ werde die Investitionstätigkeit deutlich beeinträchtigt. Man müsse sich fragen, ob eine Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 überhaupt noch realistisch sei. Die energetischen Standards dürften indes nicht immer weiter ausgebaut werden.

Stadtrat Vogel stellt fest, dass die Energieberatung bisher freiwillig durchgeführt werden konnte, nun aber verpflichtend durchgeführt werde. Er wolle wissen, ob die Energieberatung kostenlos angeboten werde.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt erklärt, dass die städtische Energieberatung natürlich kostenlos angeboten werde. Sie erläutert, dass sich die Stadt in ihren Energierichtlinien an den Richtlinien des Bundes und der Europäischen Union orientiere. Für Private werde der bisherige Energiestandard gehalten, lediglich für die städtischen Gebäude gebe es erhöhte Standards unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit und dem Stand der Technik.

Bürgermeister Dr. Wilke führt aus, dass man die Regelungen und Werte aus der Niedrigenergie richtlinie, welche im Jahr 2019 beziehungsweise im Jahr 2021 erlassen werde, in den Energiestandards der Stadt Lörrach vorwegnehmen wolle. Die städtische Wohnbaugesellschaft wende beim Bauen bereits höhere Standards an als jene, die gesetzlich vorgeschrieben seien. Dies müsse so sein, da die städtische Wohnbaugesellschaft ansonsten gar keine Förderzuschüsse erhalten würde. Er halte die Regelungen allesamt für sinnvoll. Die Zielwerte seien durchaus realistisch. Er bittet den Gemeinderat um Zustimmung zu der Vorlage.

Stadtrat Kiefer hält die Regelungen im Rahmen von Geschosswohnungsbau für sinnvoll, aber nicht an dieser Stelle. Es stehe allen Bürgerinnen und Bürgern offen Energie zu sparen. Hierfür brauche es die Regelungen nicht. Man müsse sich auf die aktuelle Situation besinnen. Auch wenn einmal etwas anderes beschlossen worden ist.

Stadtrat Bernnat gibt an, dass er der Vorlage zustimmen wolle. Lediglich das „hier und jetzt“ zu berücksichtigen halte er für gefährlich. Man dürfe keine kurzfristige Politik betreiben.

Der Gemeinderat stimmt sodann getrennt über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlags ab.

Bei 16 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen fasst der Gemeinderat mehrheitlich den folgenden Beschluss:

1. Beim Verkauf städtischer Grundstücke für gewerbliche Nichtwohngebäude sowie Wohngebäude gelten weiterhin die bisherigen Standards (Seite 7). Es erfolgt lediglich eine redaktionelle und rechnerische Anpassung an die ENEV 2014.

Bei 26 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimmen fasst der Gemeinderat mehrheitlich den folgenden Beschluss:

2. Es wird für Käufer eine verbindliche Energieberatung bei der Stadt Lörrach über die erhöhten Standards und deren Fördermöglichkeiten in die Kaufverträge übernommen.

Bei 14 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 12 Nein-Stimmen fasst der Gemeinderat mehrheitlich den folgenden Beschluss:

3. Für städtische Gebäude gilt ab dem 01.08.2016 der Energiestandard SEE Plus als anzustrebender und der Energiestandard SEE Min als mindestens einzuhaltender Standard.

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Richtlinie „Energiestandards Lörrach“ vom 12. Mai 2010 bzgl. der Energiestandards entsprechend zu aktualisieren.

TOP 16

Energiestandard und Wärmeversorgung im Neubaugebiet Belist

Vorlage: 057/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt erläutert kurz den Inhalt der Vorlage. Sie führt aus, dass der Energieversorger Badenova in einem Neubaugebiet, welches den gesetzlichen beziehungsweise bisherigen städtischen Energiestandards entspricht, Gasnetze verlege, jedoch nicht beim Plusenergiestandard. Es sei jedoch davon auszugehen, dass der Anschlussgrad nicht sehr hoch ist, da bei einem Gasanschluss eine erhöhte Dämmung aufgebracht werden muss, um schon allein die gesetzlichen Vorgaben erfüllen zu können. Ein Wärmeverbund sei in dem Neubaugebiet Belist weder ökologisch noch ökonomisch von Vorteil. Da die Eckdaten (Dichte) des Baugebietes erst nach der Offenlage feststanden, konnten die notwendigen Daten nicht früher berechnet werden. Beim Bau eines Wärmenetzes muss deshalb hinsichtlich der Erschließung mit einer zeitlichen Verzögerung von bis zu zwölf Monaten gerechnet werden. Aus den erwähnten Gründen plädiere die Verwaltung ausnahmsweise für eine dezentrale Wärmeversorgung, da auch mit einer deutlichen anhand von Holzpellets und Wärmepumpen.

Stadtrat Kiefer spricht sich gegen jedwede Restriktionen gegenüber Bauherren aus.

Stadtrat Simon erklärt, dass die Fraktion der SPD in dieser Angelegenheit uneinig sei und deshalb ein gemischtes Abstimmungsverhalten zeigen werde.

Stadtrat Berg führt aus, dass die Energiestandards für Lörrach von großer Bedeutung seien. Diese Chance müsse man wahrnehmen. Man dürfe beim Energiesparen nicht nur auf die Kosten achten, sondern müsse auch die Folgen im Blick behalten.

Stadtrat Vogel wirft ein, dass die Anforderungen ohnehin ansteigen würden. Der Bürger sei selbst mündig und müsse für sich selbst entscheiden dürfen, inwiefern und auf welche Art und Weise er Energie sparen möchte.

Nach einer weiteren, kurzen Aussprache lehnt der Gemeinderat bei 10 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und 14 Nein-Stimmen mehrheitlich den Beschlussvorschlag der Verwaltung ab.

Der Vorsitzende erklärt, dass somit die Standards des vorangegangenen Tagesordnungspunktes im Neubaugebiet Belist gelten würden.

TOP 17

Bereitstellung öffentlicher Sitzungsunterlagen - Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 2. Juni 2016

Vorlage: 036/2016

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer erläutert das Antragsanliegen und die Rechtslage, nach der eine zeitgleiche Veröffentlichung der Sitzungsunterlagen für die Ratsmitglieder und die Öffentlichkeit nicht möglich seien. Mit dem Ältestenrat habe man abgestimmt, dass die Veröffentlichung der öffentlichen Sitzungsunterlagen auf der städtischen Internetseite am Montag vor dem Sitzungstermin am Donnerstag erfolge. Diese bewährte Vorgehensweise solle beibehalten werden.

Der Vorsitzende merkt ergänzend an, dass das Verfahren bereits transparent sei und alle öffentlichen Sitzungsunterlagen im Bürgerinformationssystem auf der Homepage abgerufen werden können.

Stadträtin Cyperrek sieht einen Spielraum für den Veröffentlichungszeitpunkt, der ausgeschöpft werden solle. So könnten die Sitzungsunterlagen bspw. auch am Freitag der Vorwoche publiziert werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass auf Wunsch der Fraktionen keine Veröffentlichung vor den Fraktionssitzungen erfolgen sollte.

Stadträtin Höfler bestätigt dies und verweist auf das einstimmige Votum im Ältestenrat.

Stadträtin Wiesiollek bedauert als Antragstellerin die Position der Verwaltung. Sie schließt sich dem Vorschlag von Stadträtin Cyperrek zu einer Diskussion über den Veröffentlichungszeitpunkt an.

Der Vorsitzende hält die Angelegenheit nicht für ein Thema der Verwaltung, sondern für eine Entscheidung des Rates. Seitens der Bürgerschaft habe man keine Rückmeldung, dass die Veröffentlichung am Montag zu spät sei.

Stadtrat Lusche sieht in dem Antrag eine Beschränkung des Informationsvorsprungs der Stadträte. Er gibt zu bedenken, dass die ehrenamtlich Tätigen einen gewissen Vorlauf für die Kenntnisnahme der Sitzungsunterlagen benötigen. Die jetzige Debatte sei der mangelnden Vorberatung geschuldet. Eingespielte Verfahrensabläufe sollten nicht für symbolische Effekte aufgegeben werden.

Stadtrat Pichlhöfer pflichtet bei, dass den Stadträten eine Vorlaufzeit eingeräumt werden müsse.

Von Stadtrat Koesler wird das Antragsanliegen als Zeichen der Bürgerbeteiligung unterstützt. Er hält den Freitag ebenfalls für einen geeigneten Zeitpunkt für die öffentliche Bereitstellung der Sitzungsunterlagen.

Stadtrat Bernnat macht deutlich, dass über die rechtliche Vorgabe der Gemeindeordnung nicht hinausgegangen werden könne und das Gesetz einzuhalten sei, über die Angemessenheit der Frist könne man jedoch sprechen.

Der Vorsitzende stellt dar, dass gute Bürgerbeteiligung an anderen Dingen festzumachen sei.

Stadträtin Kurfeß hält eine Abänderung des Antrags auf den Freitag als Veröffentlichungszeitpunkt für denkbar.

Stadtrat Lusche stellt den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes. Die Thematik solle nochmals im Ältestenrat und sodann nach der Vorberatung im Hauptausschuss erneut im Gemeinderat behandelt werden. Dem Vertagungsantrag wird einstimmig mit 20 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen gefolgt.

TOP 18

Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 78 Abs. 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg

Vorlage: 113/2016

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Annahme bzw. der Vermittlung der dargestellten Zuwendungen wird zugestimmt.

TOP 19

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

19.1

Der Vorsitzende informiert über die nichtöffentlich gefassten Gemeinderatsbeschlüsse der letzten Sitzung:

„modal split: Auftragsvergabe“

1. Der Gemeinderat stimmt einer Untersuchung zur Erfassung des modal split für die Stadt Lörrach grundsätzlich zu.
2. Der Auftrag in Höhe von 31.500 € wird an das Büro Omnitrend vergeben. Bereitgestellt werden ebenfalls 8.500 € für Adressbezug und Sonstiges sowie die Öffentlichkeitsarbeit.

„Ankauf des Grundstücks Flst. Nr. 729, Gemarkung Brombach, Albertusstraße 9 und Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe“

Der Gemeinderat stimmt dem Ankauf des Grundstücks in Brombach, Albertusstraße 9, Flst. Nr. 729 mit 643 m² und der Genehmigung der überplanmäßigen Ausgabe für diesen Grunderwerb zu.

19.2

Der Vorsitzende berichtet, dass die Beteiligungsfrist für die Stadt Lörrach am Raumordnungsverfahren für das Dienstleistungs- und Einzelhandelszentrum in Weil am Rhein bis Ende Oktober verlängert wurde. Die Befassung der Gremien ist im Oktober vorgesehen.

19.3

Fachbereichsleiter Spross informiert den Gemeinderat über den aktuellen Stand der Grundschulbetreuung. Die Thematik sei Anfang des Jahres aufgearbeitet und im Mai 2016 in die Gremien eingebracht worden. Der Gemeinderat hatte die Beschlussvorlage jedoch abgesetzt, so dass in der Folge die Finanzmittelstruktur für die Ganztags- und Betreuungsangebote an den Grundschulen nicht verändert wurde. Mit den verlässlichen Partnern der Kaltenbach-Stiftung und dem SAK habe man eine Übergangslösung für ein qualitatives Bereuungsangebot finden können, so dass die Betreuung - auch an der Fridolinschule - aktuell gesichert sei. Insgesamt läuft das Programm auf schmalen Füßen und eine qualitative Weiterentwicklung im Bereich der bereits vorgelegten Veränderung der Finanzstruktur ist zwingend notwendig. Fachbereichsleiter Spross erklärt, dass man dem Gremium die Beschlussvorlage erneut vorlegen werde.

TOP 20

Allgemeine Anfragen

20.1

Stadträtin Herzog erklärt, dass die Stimmung in Brombach aufgrund der angekündigten Verschiebung des Neubaus der Halle Brombach sehr schlecht sei. Der Neubau sei absolut notwendig. Versprechen seien nicht gehalten worden. Es gebe zwar Beschlüsse, aber scheinbar keine Verpflichtungen. Die alte Halle in Brombach befinde sich in einem sehr schlechten Zustand.

Der Vorsitzende betont, dass der Neubau der Halle zwar aufgeschoben, aber nicht aufgehoben worden sei. Die Stadt stehe vor großen finanziellen Herausforderungen. Auch die städtischen Finanzen befänden sich in keinem guten Zustand. Hier brauche es nun einfache Ansatzpunkte, anhand derer die Stadt ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen wolle. Alle bereits geplanten Projekte sowie alle Bürgerinnen und Bürger sollen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gleich behandelt werden. Das Verschieben der Neubaumaßnahme stelle auch für die Verwaltung kein Vergnügen dar.

20.2

Stadträtin Höfler bittet eindringlich darum, die Sondersitzung des Gemeinderats zur Haushaltskonsolidierung rechtzeitig anzukündigen, damit Terminkollisionen vermieden werden können.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Sondersitzung des Gemeinderats voraussichtlich im September stattfinden werde.

20.3

Stadtrat Berg wolle wissen, ob für die Veranstaltung „Open Air Kino“ des Vereins Free Cinema e.V. bereits eine Genehmigung erteilt wurde und erkundigt sich zudem nach den Modalitäten für Veranstaltungen unter der Autobahnbrücke.

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Antwort zu.

TOP 21

Fragestunde der Bürger

keine

TOP 22

Offenlegungen

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

- 22.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats vom 23. Juni 2016
- 22.2 Niederschrift über die öffentliche Sondersitzung des Gemeinderats vom 14. Juli 2016
- 22.3 Geschäftsbericht 2015 des Gemeinderats der Einwohnergemeinde Riehen
- 22.4 Annahme von Kleinspenden gemäß § 78 Abs. 4 GemO im Juni 2016

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:
gez. Lutz

Urkundspersonen:
gez. Höfler / Denzer

Schriftführung:
gez. Heinze / Ockenfuß